

SITZUNG VOM 5. März 2018

PROTOKOLL

der 21. Sitzung

Vorsitz: Präsident Ulrich Weidmann
Anwesend: 34 Mitglieder
Entschuldigt: Doris Schläpfer (Ferien)
Mathias Zika
Protokoll: Ratssekretär Willi Bleiker
Ort: Singsaal Lättenwiesen
Zeit: 19.00 - 20.45 Uhr

TRAKTANDIERTE GESCHÄFTE:

1. Mitteilungen
 2. Protokoll der 20. Sitzung vom 4. Dezember 2017
 3. PUK Sozialbehörde
 4. Interpellation Björn Blaser (FDP) und Mitunterzeichnende -"Interkommunale Anstalt ARA Kloten-Opfikon (AKO)" - Beantwortung
-



Der Ratspräsident Ueli Weidmann eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass keine Bild- und Tonaufnahmen zulässig sind.

Die Traktandenliste wurde fristgerecht zugestellt.

Richard Muffler (PUK) stellt einen Ordnungsantrag. Als der Antrag für die Ermächtigung zum Rekurs an den Regierungsrat gestellt wurde, war noch nicht bekannt, dass der PUK-Schlussbericht bis zur Gemeinderatssitzung veröffentlicht ist. Das Traktandum der Ermächtigung ist nun obsolet und kann gelöscht werden.

Ueli Weidmann informiert über den Antrag der PUK zur Traktandenergänzung zum Thema PUK-Schlussbericht, der allen zugestellt wurde. Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen. Er bringt die Traktandenergänzung zur Abstimmung.

Die Traktandenergänzung PUK-Schlussbericht wird einstimmig genehmigt.

1. Mitteilungen

0.5.2.1.0

Der Ratspräsident informiert, dass Paul Remund im Ausland weilt.

Der Ratspräsident gibt die fristgerechte Beantwortung der kleinen Anfrage von Björn Blaser (FDP) "Schulhaus Glattpark" durch den Stadtrat bekannt.

Der Ratspräsident verliest Wichtiges aus der eingegangenen Post, die in der Sitzungsvorbereitung einsehbar war.

- Bericht und Antrag Schule Opfikon - ICT-Infrastrukturkonzept
- SR-Beschluss Bürgerrechtsgesetz 2018 - Einbürgerungen neues Verfahren
- Gemeindeordnung Brief Büro GR Delegation 27-11-2017
- Jahresrechnung Stadt 2017 Terminplan Gemeinderat
- Voranzeige Ratsherren-Schiessen 16-07-2018

2. Protokoll der 20. Sitzung vom 4. Dezember 2017

0.5.2.1.0

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Beschluss über den Abschluss der Untersuchung der PUK Sozialbehörde

0.5.2.4.0

Der Ratspräsident erteilt Sven Gretler, Präsident der PUK Sozialbehörde, das Wort. Dieser macht folgende Ausführungen:



SITZUNG VOM

5. März 2018

Sie setzten die PUK 2015 ein, nachdem bekannt geworden war, dass Frau Jud eine volle IV-Rente bezieht. Die Aufgabe der PUK war es abzuklären, ob Führung und Organisation der Abteilung Soziales adäquat wahrgenommen wurde, vor allem vor dem Hintergrund der gesundheitlichen Einschränkungen von Frau Jud.

Die PUK setzt sich zusammen aus fünf Gemeinderäten von allen Fraktionen. Wir haben den nun vorliegenden Schlussbericht einstimmig verabschiedet. Die PUK kommt zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen:

In den Jahren 2011 -2014 herrschten in der Abteilung Soziales, genauer im Bereich Sozialberatung, grobe Missstände. Führung und Organisation waren mangelhaft. Mit der Einholung von Dokumenten für die Anspruchsprüfung war man teilweise monatelang im Rückstand (das haben wir Dokumenten des Stadtrates selber entnommen). Gesuche konnten teilweise nicht mehr fristgerecht und seriös geprüft werden (auch das eine Äusserung des Stadtrates selber). Es bestand akuter Personalmangel, der zu einer unerträglichen Arbeitsbelastung führte. Diese führte zu krankheitsbedingten Ausfällen und Kündigungen von motivierten Mitarbeitern. Die Dossiers waren nicht mehr à jour, der Stadtrat selbst sprach von sogenannten „verwaisten“ Dossiers, dass „der Apparat am Limit läuft und Gefahr läuft, aus dem Teufelskreis nicht mehr ausbrechen zu können“.

Nochmals: Die Beschreibung dieser Zustände stammt überwiegend nicht aus der Feder der PUK, vielmehr hat der Stadtrat selbst die damalige Situation so beschrieben.

Zur Verdeutlichung der personellen Situation:

Der Bereich Sozialberatung umfasste 2010 neun Mitarbeitende. Von 2010 bis 2013 kam es zu 24 Abgängen und 35 Neueinstellungen. Allein 2011 kündigten fünf von sieben Sozialarbeitern.

Diese Situation führte zu einer rund zwei Jahre lang dauernden, nicht gesetzesmässigen Aussetzung der Dossierprüfung durch die Sozialbehörde. Die Sozialbehörde hat die einzelnen Dossiers von Gesetzes wegen zwingend zu prüfen. Frau Jud und die Abteilungsleitung beschlossen, diese Dossierprüfung auszusetzen. Die Einstellung der Dossierprüfung hätte selbstverständlich die Sozialbehörde selber beschliessen müssen, was jedoch nicht geschehen ist. Es liegt kein entsprechender Beschluss der Sozialbehörde vor. Vielmehr wurde die Sozialbehörde von Frau Jud über die Einstellung der Dossierprüfung informiert, und die Sozialbehörde hat diesen Entscheid hingenommen. Die Dossierprüfung war dann von 2012 bis 2014 ausgesetzt. Rechtfertigung war, dass die Dossiers nicht mehr hätten aufbereitet werden können. Eine Begründung, die erneut auf die dramatischen Zustände, die damals herrschten, hinweisen.

SITZUNG VOM

5. März 2018

Frau Jud hat rund zwei Jahre verstreichen lassen, bis sie einen Antrag auf eine Stellenerhöhung stellte. Der Gemeinderat hat im Dezember 2012 mehr Stellen bewilligt, unter anderem für die Sozialberatung. Unverständlicherweise hat Frau Jud trotz den dramatischen Zuständen über ein Jahr zugewartet, bis sie die Anzahl der Stellen in der Sozialberatung auch tatsächlich erhöhte. Die PUK kommt zum Schluss, dass Frau Jud die Tragweite der operativen Probleme nicht erkannt hat.

Für die PUK ist es unverständlich, dass der Stadtrat es weitgehend unterliess, den Gemeinderat über die Zustände in der Sozialberatung zu informieren. Insbesondere erwähnte er die dramatischen Zustände mit keinem Wort in seinen Geschäftsberichten an den Gemeinderat.

Wie ist die Situation heute?

Die PUK konnte feststellen, dass die Missstände heute vollständig behoben sind. Die politische Führung durch Frau Jud ist adäquat, die Personalsituation stabil und die Organisation der Abteilung Soziales gut.

Gegenstand der Untersuchungen war auch die Frage, ob Frau Jud gesundheitlich in der Lage ist, ihr Amt auszuüben. Dazu Folgendes: Die PUK hat während der ganzen Untersuchung keine Hinweise auf irgendwelche gesundheitliche Einschränkungen von Frau Jud feststellen können. Frau Jud ist nach Ansicht der PUK voll leistungs- und amtsfähig. Es haben zu keinem Zeitpunkt gesundheitliche Einschränkungen bestanden, die die Amtsführung von Frau Jud beeinträchtigt haben.

Einige Worte zum Verfahren, zum Gang der Untersuchung:

Ohne Frage: Die Untersuchung dauerte lange. Die PUK hielt insgesamt über 70 Sitzungen ab. Sie befragte 13 Personen, teilweise stundenlang; es resultierten hunderte von Protokollseiten. Sie nahm drei Augenscheine vor, holte Auskünfte von 10 anderen Gemeinden ein und studierte Berge von Akten.

Vor allem hat die PUK von Beginn weg mit einer weitgehend fehlenden Kooperation der Beteiligten gekämpft. Die PUK ist in einem beisspielslosen Ausmass mit juristischen Verfahren konfrontiert worden, die Frau Jud, teilweise auch der Stadtrat, angestrengt haben.

Soweit ersichtlich hat es noch nie eine PUK in der Deutschschweiz gegeben, die derart erbittert mit allen nur denkbaren juristischen Mittel bekämpft wurde. Wir hatten unzählige Klagen und Aufsichtsverfahren zu bestreiten, haben uns mit mehreren Anwälten konfrontiert gesehen, die mit einem immensen Aufwand die Interessen der Beteiligten vertraten.

Der finanzielle Aufwand für diese Anwälte dürfte die Kosten der PUK um ein Mehrfaches übersteigen. Und er ist wohl zu einem schönen Teil vom Steuerzahler finanziert worden.

Die PUK hat ihre Ressourcen grossmehrheitlich für die gegen sie eingeleiteten juristischen Verfahren investieren müssen. Nur mit grösstem Aufwand ist es der PUK gelungen, trotz der Flut von Rechtsmitteln und Aufsichtsverfahren ihre Arbeit zu Ende zu führen. Mit Genugtuung können wir sagen, dass uns die übergeordneten Instanzen - bis hin zum Verwaltungsgericht - praktisch durchwegs Recht gegeben haben.

Frau Jud hat sich während der Untersuchung teilweise hochgradig unkooperativ verhalten, ja teilweise querulatorisch. Dabei - das haben wir in der Vergangenheit mehrfach betont - geht es nicht in erster Linie um das exzessive Ergreifen von Rechtsmitteln, sondern um das gesamte Verhalten Frau Juds in der Untersuchung.

Einige Beispiele:

Frau Jud streute Dokumente, die ausdrücklich dem Amtsgeheimnis unterstanden, im gesamten Gemeinderat. Die PUK erstattete daher Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung. Die Terminfindung war teilweise extrem schwierig; einmal lehnte Frau Jud sage und schreibe 19 Terminvorschläge ab. Sie hat sich angemasst, in originalen Befragungsdokumenten 53 Mal „Hans-Rudolf in „Hans-Ruedi“ zu korrigieren, die Seitenzahlen des Protokolls eigenmächtig abzuändern, Bemerkungen anzubringen oder tatsächlich gestellte Fragen abzuändern. Sie hat in Eingaben in unsachlicher Weise über die PUK hergezogen, indem sie geschrieben hat, man könne meinen, es wären Jus-Erstsemester am Werk. Das alles trägt durchaus querulatorische Züge, zu dieser Feststellung steht die PUK, auch wir zwei in der Kommission tätigen Juristen mit mehrjähriger Gerichtserfahrung.

Wie Sie wissen, hat der Stadtrat ein sogenanntes "Kurz-Gutachten" von Herrn Poledna veröffentlicht. Das tat er unmittelbar am Tag der Veröffentlichung des PUK Berichtes. Einige Medien haben dann fast ausschliesslich über das „Kurz-Gutachten“ berichtet.

Zugegeben, ein raffinierter Schachzug des Stadtrates. Einiges, was zu diesem "Kurz-Gutachten" gesagt und geschrieben wurde, möchten wir ins rechte Licht rücken: Zunächst: Es handelt sich um kein Gutachten, in mehrfacher Hinsicht nicht. Der Stadtrat hat das Thesen-Papier von Herrn Poledna in Auftrag gegeben. Das Papier ist also nicht neutral, sondern wurde vom Stadtrat bestellt und auch bezahlt. Wir gehen von Kosten von wohl mindestens CHF 20'000 aus. Es handelt sich um ein sogenanntes einseitiges Parteigutachten. Solche Parteigutachten fallen naturgemäss fast immer zu Gunsten der Auftraggeber aus. Oder würden Sie tausende von Franken für ein „Kurz-Gutachten“ ausgeben, das gegen Ihren Standpunkt spricht? Zugegeben, eine rhetorische Frage. Ich habe es jedenfalls noch nie erlebt, dass eine Partei ein Gutachten in Auftrag gegeben hätte, das sich dann gegen ihren Standpunkt ausgesprochen hätte. Kommt hinzu: Herr Poledna erstellte sein Thesen-Papier in knapp einer Woche. Die Akten sind ihm nicht vorgelegen, das hält er in seinem Thesen-Papier ausdrücklich selber fest. Er hat nur über den Schlussbericht verfügt, den Zwischenbericht und die Stellungnahmen von Stadtrat, Sozialbehörde und Frau Jud.

Auch für einen guten Juristen ist es schwierig, sich eine ausgewogene Meinung zu bilden, wenn er nicht über die Akten verfügt.

Fairerweise - und jetzt wird es interessant - hält Herr Poledna in seinem Papier Folgendes fest, ich zitiere:

"Das Kurzgutachten beschränkt sich auftragsgemäss auf die offensichtlichen Punkte und nimmt keine umfassende Beurteilung der Handlungen der PUK vor. Hierfür wären weit mehr Akten wie auch mehr Zeit notwendig."

Trotzdem versucht der Stadtrat, gewisse Einschätzungen von Herrn Poledna als der Weisheit letzter Schluss zu verkaufen, Was ihm auch gelungen ist, zumindest im Hinblick auf zwei Zeitungen.

Die PUK stellt mit Genugtuung fest, dass auch Herr Poledna, die von der PUK festgestellten Missstände, nicht grundsätzlich abstreitet. Teilweise äussert er sich bezeichnenderweise auch gar nicht zu gewissen Punkten: Etwa dazu, dass die gesetzlich vorgesehenen jährlichen Dossierprüfungen ausgesetzt wurden, und das ohne Beschluss der Sozialbehörde. Oder dass der Stadtrat die prekären Zustände in der Sozialabteilung in seinen Geschäftsberichten mit keinem Wort erwähnte.

Soweit Herr Poledna die Verfahrensführung der PUK kritisiert, bleibt seine Kritik im Ungefähren. Das erstaunt denn auch nicht: Wie gesagt, verfügte Herr Poledna nicht über die Akten, ihm stand gerade einmal eine Arbeitswoche zur Verfügung. Ich weise auch gerne noch einmal darauf hin, dass die PUK in sämtlichen Rechtsmittelverfahren praktisch durchwegs Recht erhalten hat. Wenn eine kommunale PUK, konfrontiert mit zahlreichen Anwälten, praktisch durchwegs alle Rechtsmittelverfahren gewinnt, dann spricht das für sich. Die Resultate dieser gewonnenen Rechtsmittelverfahren sind neutral und ausgewogen, im Unterschied zum Parteigutachten für tausende von Franken.

Auch der Vorwurf, die PUK habe auf "politisch Gewünschtes" hingearbeitet, der Bericht sei nicht ausgewogen, ist nicht nachvollziehbar: Zum einen kritisiert die PUK nicht nur Frau Jud, sondern beispielsweise auch die GPK des Gemeinderats. Zum anderen hält die PUK fest, dass inzwischen sämtliche Probleme behoben sind und dass Frau Jud zu jeder Zeit amtsfähig war. All das belegt, dass wir ausgewogen abgeklärt haben.

Klar, wir haben nicht in allen Teil das geschrieben, was sich Frau Jud oder der Stadtrat gewünscht hätten. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine PUK für die Exekutive mühsam ist, dass Transparenz stören kann. Wenn das zu Kritik führt, so teilen wir das Schicksal von anderen parlamentarischen Untersuchungskommissionen auch.

Wir haben für unsere Untersuchung etwa CHF 95'000 ausgegeben. Laut Herrn Poledna ist das zu wenig gewesen. Laut ihm wären Kosten in dreifacher Höhe zu erwarten gewesen. In unseren tiefen Kosten sieht Herr Poledna den Grund für das, seiner Meinung nach, ungenügende Resultat. Wenn der Stadtrat nun in seiner Medienmitteilung schreibt, wir hätten "diese Problematik" nie thematisiert, dann ist dies scheinheilig und treuwidrig. Ich erinnere gerne daran, dass der

Stadtpräsident die PUK in der vorletzten Budgetdebatte einen "Rohrkrepieler" genannt hat und dem Rat empfohlen hat, unseren Budgetantrag abzulehnen. Frau Jud wiederum hat auf ihrer Homepage bereits im Dezember 2015 behauptet, wir würden über CHF 100'000 an Budget beantragen. Und sie schrieb, das "übersteige" die Verhältnismässigkeit.

Aufgrund ihrer Erkenntnisse empfiehlt die PUK dem Gemeinderat mehrere Massnahmen.

Zum einen ist die Oberaufsicht des Gemeinderates als oberstes Organ über die Stadtverwaltung aktuell zu schwach ausgestaltet. Die Oberaufsicht wird aktuell nur durch die Abnahme des Geschäftsberichtes des Stadtrates ausgeübt. Es hat sich gezeigt, dass das ungenügend ist.

Wie gesagt, hat der Stadtrat die Probleme in der Sozialabteilung in den Geschäftsberichten nicht erwähnt. Wie nun Herr Poledna zum Schluss kommt, die Thematik der Oberaufsicht habe nichts mit den Missständen zu tun, ist mir unklar: Meine Damen und Herren:

Hätten Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte die Probleme in der Sozialabteilung einfach so hingenommen, wenn Sie von ihnen gewusst hätten? Ich wage zu sagen: Nein, das hätten Sie nicht. Und hier ist des Pudels Kern: Wir als Gemeinderat haben die Oberaufsicht über die Verwaltung. Theoretisch mindestens. Wir können diese Oberaufsicht aber nur dann ausüben, wenn wir informiert sind, wenn wir über entsprechende Mittel verfügen. Das haben wir im Moment nicht, im Unterschied zu anderen Parlamentsgemeinden, etwa Adliswil oder Zürich. Es genügt nicht, wenn sich die Oberaufsicht des Gemeinderates im Studium eines Geschäftsberichtes des Stadtrates erschöpft. Dass der Stadtrat selber auf eine verstärkte Oberaufsicht gerne verzichten möchte, ist bedauerlich, in einem gewissen Sinne aber nachvollziehbar.

Die PUK empfiehlt weiter eine eingehendere Schulung der Mitglieder der Sozialbehörde. Es ist unabdingbar, dass die Sozialbehörde vertiefte Kenntnis über ihre Aufgaben, ihre Kompetenzen und ihre Verantwortung haben. Im Kurz-Gutachten wird auch das kritisiert. Die Kritik ist unhaltbar: Die Sozialbehörde hat den Entscheid der Verwaltung, ihr die Dossiers nicht mehr zur Prüfung vorzulegen, einfach so hingenommen, ohne selber einen Beschluss zu fällen. Die PUK hatte in der Untersuchung immer wieder den Eindruck, dass sich die Sozialbehörde nicht im Klaren über ihre Aufgaben und ihre Kompetenzen ist. Ich zitiere aus dem Befragungsprotokoll eines ehemaligen Sozialbehördenmitglieds: Frage: "Weshalb haben Sie die Geschäftsordnung revidiert?" Antwort: "Was? Haben wir die Geschäftsordnung revidiert? Was fragt er da für Dinge? Es hiess immer, das sei wegen der SKOS. Ich weiss von nichts, ich habe mich nur um meine Dossiers gekümmert!"

SITZUNG VOM

5. März 2018

Auf die Frage nach den Highlights während der Legislatur: "Viele Highlights gab es nicht. Von mir aus kann ich sagen, dass ich meine Arbeit gemacht habe. Viel konnte man nicht machen, zu sagen hatte man praktisch auch nichts. Ich habe die Akten studiert und fertig." Erstaunlich, dass Herr Poledna und der Stadtrat auch hier keinen Handlungsbedarf sehen.

Abschliessend

Die PUK hat ihre Arbeit mit einem riesigen Aufwand, mit viel - grösstenteils ehrenamtlichen - Engagement und auch nach bestem Wissen und Gewissen erledigt. Wir legen Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, einen Bericht vor, auf den wir stolz sind und hinter dem wir einstimmig stehen. Wir - das heisst fünf Gemeinderatsmitglieder aus allen Fraktionen.

Wir danken Ihnen für Ihre fortwährende Unterstützung der Arbeit der Kommission und für Ihre Geduld. Zumindest mit Blick auf diesen Gemeinderat kann keine Rede von einer Zerstrittenheit sein, im Gegenteil. Und ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat in der nächsten Legislatur das Eine oder Andere, was die PUK angestossen hat, aufnehmen wird.

Dann möchten wir den Mitarbeitenden der Sozialabteilung danken, die uns im Rahmen von Befragungen, Augenscheinen etc. zur Verfügung gestanden sind. Wir hatten den Eindruck von kompetenten und engagierten Mitarbeitenden, auf die unsere Stadt stolz sein kann.

Last but not least danke ich unserem Kommissionsschreiber, Davide Loss, der sich für uns als eigentlicher Glücksfall erwiesen hat. Davide ist ein aussergewöhnlich talentierter junger Jurist, von dem wir sicher noch hören werden. Dank seiner Kompetenz, seiner unglaublich hohen Einsatz- und Leistungsbereitschaft hat er zu Recht das Vertrauen der Kommission genossen. Ich darf sagen, dass unsere Arbeit ohne ihn schlicht nicht möglich gewesen wäre.

Richard Muffler (PUK) verweist auf das Gutachten Poledna in dem für eine parlamentarische Untersuchung Kosten von CHF 300'000 veranschlagt werden. Da von den von der PUK gebrauchten CHF 95'000 nur ca. CHF 40'000 für die Untersuchung verwendet wurden, ergäbe dies Gesamtkosten von ca. 1.2 Mio., was Unsinn ist.

Tan Birlesik (SVP) stellt einen Ordnungsantrag nach Art. 52 der Geschäftsordnung Gemeinderat, dass zu den Voten des Stadtrats ein substantielles, wortgetreues Protokoll zu führen ist.

Der Ratspräsident Ueli Weidmann lässt zum Ordnungsantrag abstimmen.

Dem Ordnungsantrag zur Führung eines wortgetreuen Protokolls der Voten des Stadtrats wird grossmehrheitlich zugestimmt.



SITZUNG VOM

5. März 2018

Ueli Weidmann erteilt Stadtrat Bruno Maurer als Stellvertreter des Stadtpräsidenten das Wort.

Bruno Maurer weist darauf hin, dass er im Namen des Stadtrates und der Sozialbehörde spricht und als Vize-Stadtpräsident in Vertretung von Paul Remund. Er macht folgende Ausführungen:

Es wurden viele Dokumente erstellt, die für den Gemeinderat einsehbar sind. Ich verzichte deshalb auf weitere Ausführungen dazu.

Wir alle mögen uns noch gut an die Gemeinderatssitzung erinnern, an welcher die Einsetzung der PUK beantragt und beschlossen wurde. Wir wussten wohl alle nicht so genau, was auf uns zukommen würde – denn grosse Erfahrung hatte mit dem Mittel der PUK niemand von uns.

Ich denke auch Sie, Sven Gretler, Richard Muffler, Paul Christ, Reto Bolliger, Björn Blaser konnten nicht abschätzen, auf wie viele Diskussionen, Sitzungen, Kritik und vor allem auf wieviel zusätzliche Arbeit als Milizpolitiker Sie sich da einlassen.

Was wir wohl alle aus dieser Sache gelernt haben, haben die Kommentare in Tagi und NZZ nach der Veröffentlichung des Schlussberichts sehr gut auf den Punkt gebracht: Nämlich, dass wir hätten "zweifeln" sollen. War es wirklich sinnvoll eine PUK einzusetzen? War dies das richtige Mittel? – Oder hätte es andere politische Instrumente gegeben, welche mit weniger Aufwand Antworten auf offene Fragen gegeben hätten?

Der Stadtrat hat der PUK mehrmals das Gespräch angeboten. Die PUK hat leider daraus geschlossen, dass wir die Publikation eines Schlussberichtes generell verhindern wollten. Das war nie unsere Absicht!

Unser Anliegen war es, im Gespräch dafür eine Lösung zu finden, dass am Schluss Opfikon nicht so dasteht, wie es unsere Gemeinde nun tut. Bruno Maurer zitiert aus den Medien: Als Gemeinde, mit einer PUK, die zu einem "brisanten" Zeitpunkt kurz vor den Wahlen "einen Bericht veröffentlichte, der von persönlicher Animosität durchtränkt ist", die "nötige Neutralität vermissen" lässt und sich letztlich selber "diskreditiert" und die aufgrund ihrer Zusammensetzung als "Wahlkampfmittel" bezeichnet wird. Als Gemeinde, in der eine "Hexenjagd" stattfindet, ein "Schlamassel" angerichtet wurde, in der sich PUK und Stadträte "bekriegen", deswegen "Politikverdrossenheit" erzeugt wurde, als Gemeinde, in der "sich erwachsene Menschen gegenseitig das Leben schwermachen und sich der Vorurteile der schmutzigen Politik bedienen". So wollen wir doch als Opfikon nicht wahrgenommen werden, solche Schlagzeilen wollen wir doch alle nicht!

Damit wurde ein unrühmliches Bild unserer Stadt verbreitet. Das schmerzt uns als Stadtrat. Es gibt jetzt nur eines: Aufhören! Deshalb appelliert der Stadtrat an alle Beteiligten: Nehmen wir den heutigen Abend als Abschluss dieser Geschichte und ziehen wir nun einen Schlusstrich unter das Ganze. Lasst uns Ruhe zurückbringen in den Politbetrieb, lasst uns diese Misstrauenskultur der letzten Jahre hinter uns lassen, lasst uns wieder die Interessen der Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen. Lasst uns zusammen daran arbeiten, dass in Opfikon wieder eine kritische aber konstruktive politische Kultur hergestellt wird.

Wir haben es heute Abend in der Hand, den ersten Schritt in diese Richtung zu tun. Indem ihr euch gut überlegt, ob das allenfalls mit heisser Feder geschriebene, in der Wut der Empörung erdachte oder mit der Absicht der Profilierung vorbereitete Votum wirklich gut ist für unsere Bürgerinnen und Bürger und für Opfikon. Hören wir auf mit dem Spektakel!

Der Ratspräsident erteilt Stadträtin Beatrix Jud das Wort.

Auch ich möchte nicht mehr auf die PUK eingehen. Es gibt einen Schlussbericht der PUK, Stellungnahmen von Stadtrat, Sozialbehörde, von mir, es gibt Medienmitteilungen, das Gutachten Poledna und ganz viele Medienberichte. Damit ist mehr als genug gesagt und geschrieben worden.

Aber etwas war noch nicht Thema und darauf möchte ich jetzt eingehen: Der PUK-Bericht hat festgestellt, dass die Sozialabteilung der Stadt Opfikon heute gute Arbeit leiste, dies mindestens seit dem Jahr 2014. Hinter dem Wort "Sozialabteilung" stehen Menschen und es sind diese Menschen, die gute Arbeit leisten. Die Mitarbeitenden der Sozialabteilung sind ihrem gesetzlichen Auftrag verpflichtet, mit und für die Klientinnen und Klienten eine professionelle Dienstleistung zu erbringen.

Die Mitarbeitenden der Sozialabteilung haben schwierige Jahre hinter sich. Sie standen unter Dauerbeobachtung - von Aussen, aber auch durch die PUK. Sie mussten Auskunft geben, sie mussten immer damit rechnen, dass ihre Arbeit unter die Lupe genommen wird. Sie wussten, jetzt dürfen keine Fehler passieren. Sie haben alles zwei, drei Mal überprüft, um ganz sicher keine Fehler zu machen - denn ein Fehler jetzt würde doppelt oder dreifach so viel bewirken wie sonst. Die Arbeit in der Sozialabteilung ist sowieso eine sehr belastende - es geht um Schicksale, um Menschen, die es im Leben nicht einfach haben. Wer täglich in einem solchen Umfeld arbeitet, ist sowieso schon belastet. Doch hier kam noch die PUK dazu. Die Mitarbeitenden waren damit doppelt belastet, sie standen unter einer ständigen Belastung und Stress.



Und doch: Die Mitarbeitenden sind Opfikon treu geblieben - es kam nicht zu grossen Personalwechselln seit dem 30. März 2015 in dieser belasteten Situation. Und so hat auch der PUK-Bericht festgestellt, dass die Personalsituation heute stabil ist. Unsere Mitarbeitenden haben trotz Druck gute Arbeit geleistet und die Angst ausgehalten. Sie sind einem Arbeitgeber trotz medialer Kritik treu geblieben. Das ist keine einfache Situation. Aber sie haben ausgehalten und erst noch sehr gute Arbeit geleistet.

Diesen Mitarbeitenden möchte ich heute Abend danken. Hervorstreichen möchte ich dabei den Leiter, Gerd Bolliger. Auch er stand unter besonderem Druck - und doch hat er es in dieser belasteten Situation geschafft, in seiner Abteilung die Motivation aufrecht zu halten, den Mitarbeitenden den Rücken freizuhalten, damit sie ihre Arbeit machen können, auch wenn PUK-Mitglieder an Sitzungen dabei sind, Unterlagen wollen, Fragen stellen. Nicht vergessen möchte ich dabei die Sozialbehörde, welche unter der enormen Belastung gute Arbeit geleistet hat, auch ihnen ein grosses Dankeschön.

Der Ratspräsident erteilt Patrick Rouiller (CVP) das Wort.

Die CVP-Fraktion ist mit der Arbeit der PUK zufrieden. Auf Verdacht hin, dass das Sozialamt nicht optimal geführt würde, beschloss der Gemeinderat anfangs dieser Legislaturperiode, am 30. März 2015, eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen, welche allfällige Missstände aufdecken sollte.

Die PUK hat festgestellt, dass ab 2010 in der Sozialabteilung zu zögerlich mit der Personalaufstockung begonnen wurde, mit der das übermässige Arbeitspensum hätte abgebaut werden können. Erst gegen 2013 konnten die Arbeiten seriös abgewickelt und die Altlasten, soweit möglich, aufgearbeitet werden. Vorher herrschten im Sozialamt zahlreiche Personalfluktuationen infolge Kündigungen wegen Unzufriedenheit mit dem Arbeitsablauf und -menge. Bis heute konnten leider gewisse Akten nie mehr nachvollzogen werden. Ebenfalls ist deswegen mit nicht bezifferbaren Verlusten zu rechnen. Umso wichtiger ist, dass sich heute die Sozialabteilung im Griff hat und sämtliche anfallenden Arbeiten seriös und effizient abgewickelt werden.

Zu Anfang und im Laufe der Untersuchung hiess es von Seiten des Stadtrats und Beatrix Jud (Sozialvorsteherin), dass alles zum Besten sei, und dass es die PUK nicht brauche. Die PUK werde eh nichts finden und sei deshalb überflüssig und verschlinge unnötig Geld. Umso trauriger ist es, dass der PUK im Laufe der Untersuchung immer wieder Hürden auferlegt wurden. Dokumente wurden nicht umgehend ausgehändigt und unzählige Einsprachen verhinderten ein speditives Vorwärtskommen. Die PUK verbrachte den grössten Teil ihrer Zeit mit dem Überwinden von juristischen Hindernissen.

Wenn doch alles in Ordnung und nichts zu beanstanden sei, wieso wurde dann nicht kooperativ gehandelt, so dass die Untersuchung in kürzester Zeit erledigt worden wäre und ein Minimum gekostet hätte?

Summa summarum hat die PUK ihr Bestes gegeben. Über die zu untersuchenden Punkte wurde Bericht erstattet. Die PUK hat ihren Auftrag erfüllt und kann somit entlastet werden.

Der Ratspräsident erteilt Björn Blaser (FDP) das Wort.

Die FDP Fraktion hat sich immer gegen eine PUK ausgesprochen, war von Beginn an für eine Aufarbeitung in der GPK. Mit Genugtuung unterstützt sie die Erweiterung der Kompetenzen der GPK wie im Schlussbericht der PUK als Empfehlung formuliert und hofft damit solche Abklärungen und Untersuchungen zukünftig auf Stufe GPK abzuhandeln.

Nach dem Zwischenbericht monierten wir die infantile Quengelei von Stadträtin Jud und wünschten uns eine konstruktive Mitarbeit ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Stadträtin Jud wird im Schlussbericht zu Recht als querulatorisch bezeichnet - schade ist sie nicht auf unser Votum vom Dezember 2016 eingegangen. Als Wahlempfehlung können wir dieses Verhalten nicht mal mit viel Fantasie deuten.

Die parlamentarische Untersuchungskommission hat ihre Strafanzeige betreffend Verletzung des Amtsgeheimnisses gegen Frau Jud ohne Kostenfolge abgetreten - ein Zeichen um einen Schlussstrich zu ziehen. Wir begrüßen diesen Entscheid. Wir bedanken uns bei der PUK für die aussergewöhnliche Arbeitsleistung, welche in dieser Form in Opfikon ein Novum ist und hoffentlich war.

Der Ratspräsident erteilt Tobias Honold (NIO@GLP) das Wort:

Am 30. März 2015, vor fast 3 Jahren, wurde der Antrag gestellt, eine PUK Sozialbehörde einzusetzen. Dieser Antrag wurde mit 26:1 Stimmen bei 7 Enthaltungen genehmigt. Der eine dagegen war ich. Wieso gab es eigentlich genau diese PUK? Meine Meinung ist, dass es sich Beatrix Jud persönlich mit den beiden grossen Parteien des Orts verspielt hat und das Ganze eine relativ persönliche Abrechnung auf Kosten der Öffentlichkeit war – mit geringem Nutzen für unsere Stadt.

Aufgrund der persönlichen Verstrickungen hatte ich noch vorgeschlagen, dass nicht Richi Muffler als Mitglied der PUK amten soll, sondern Roman Schmid, was verworfen wurde. Und so nahm in der Folge die letzten 3 Jahre dieses Drama seinen Lauf, das nun mit dem Schlussbericht hoffentlich auf der Zielgeraden angekommen ist. Einen grossen Gewinner gibt es in der ganzen Sache: Die Anwaltszunft. Nebst den vieldiskutierten 10'000 Franken von Beatrix Jud, haben sich Anwälte und Richter von den diskutierten Kosten der PUK von ca. CHF 95'000 sicher ein nettes Zugeld verdient. Und hier sind noch viele weitere indirekte Kosten nicht einmal miteingerechnet. Daneben gibt es eigentlich nur Verlierer, allen voran unsere Stadt, die unter der negativen Presse gelitten hat.

Ein Schlussbericht einer Kommission, die ein professionelles Bild abgeben möchte, enthält den Satz «die Atmosphäre war muffig». Wirklich? Insgesamt hat diese unheilige Allianz zwischen SP und SVP keine konkreten strafbaren Handlungen oder sonstige Ergebnisse zutage gebracht, die die PUK rückblickend rechtfertigen würden. Die einzigen Empfehlungen der PUK sind denn auch Vorschläge zu einer Stärkung der Aufsicht.

Ausgerechnet die beiden Hauptakteure dieses Schmierentheaters wollen neu in den Stadtrat. Ob dieser Bericht für die beiden eine Wahlhilfe ist – ich wage es zu bezweifeln. Liebe Gemeinderäte. Lassen Sie uns diese Geschichte bitte, bitte, bitte so schnell wie möglich abschliessen.

Der Ratspräsident erteilt Heinz Ehrensberger (SP) das Wort.

Der PUK Bericht Sozialbehörde und Sozialabteilung der Stadt Opfikon hat die SP-Fraktion befremdet. Wie dem Bericht und den Stellungnahmen zu entnehmen ist, wurden dieser demokratisch gewählten Kommission von Frau Stadträtin Jud und teilweise auch der Verwaltung alle erdenklichen Steine bei ihrer Arbeit in den Weg gelegt - nicht ohne den Gemeinderat und die PUK gleichzeitig zu beschuldigen, sie verzögere den Bericht.

Noch erinnern wir uns gut an den emotionalen Ausbruch des Stadtpräsidenten anlässlich einer Ratssitzung vom letzten Jahr. Anstatt zu beweisen, wie unrechtmäßig eine solche PUK eigentlich sei, haben all die Rekurse, Beschwerden und Gesprächsverweigerungen das Gegenteil bewirkt. Mit einer kooperativen Haltung hätte viel Vertrauen aufgebaut werden können, insbesondere da die PUK ja feststellt, dass die jetzige Situation in der Sozialberatung wesentlich besser ist als in den Jahren 2010-2013. Das wurde leider verpasst.

Anstelle einer sauberen Aufarbeitung der Vergangenheit, aus der Schlüsse zur Verbesserung gezogen werden können, haben wir einen teuren Scherbenhaufen vor uns. Die PUK hatte ja sogar gemäss dem für mich nicht nachvollziehbaren Gutachten Poledna keine Chance, den Punkten auf den Grund zu gehen, da sie sich hauptsächlich mit den vorhin genannten Widerständen herumschlagen musste und das Budget dafür viel zu klein war.

Wenn der Bericht eines aufzeigt, dann das, dass Gemeinderat und GPK nicht genügend darüber informiert wurden, dass eine ganze Abteilung über mehrere Jahre am Anschlag arbeitete - was sowohl für die Mitarbeitenden als auch die Kunden der Sozialberatung nicht akzeptabel war. Viel nachdenklicher stimmt die SP-Fraktion aber, dass Stadtrat und Verwaltung bis zum Schluss alles taten, um die PUK zu torpedieren - kein Wort von Selbsterkenntnis, weder im Bericht noch in einer Stellungnahme. Scheinbar haben wir eine unfehlbare Stadträtin und alles unfähige Deppen im Gemeinderat - wahrlich eine schöne Erkenntnis einen Monat vor den Wahlen.



SITZUNG VOM

5. März 2018

Der Ratspräsident erteilt Heidi Kläusler (EVP) das Wort.

Die EVP/GV-Fraktion dankt den Mitgliedern der PUK für ihre geleistete Arbeit. Sie bedeutet für alle einen enormen Zeitaufwand, der in der Freizeit geleistet wurde, zusätzlich zur regulären Parlamentsarbeit.

Wir sind erleichtert zu hören, dass das Sozialamt seit gut drei Jahren seinen Auftrag adäquat wahrnehmen kann, dass Klientinnen und Klienten gut betreut werden und dass verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgegangen wird. Ebenfalls freut uns, dass die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortbar und das Arbeitsklima gut ist.

Nicht nachvollziehbar ist für unsere Fraktion, mit welcher Vehemenz Beatrix Jud und auch der Stadtrat gegen die Bemühungen der PUK um Transparenz vorgegangen sind. Wir hoffen und wünschen uns, dass in Zukunft wohlwollender und wertschätzender miteinander umgegangen wird und dass Probleme konstruktiver gelöst werden.

Jeder politisch Engagierte will das Beste für Opfikon, so kann man das momentan in unserer Zeitung in der Wahlwerbung lesen. Das bedeutet, dass wir in Zukunft am selben Strick ziehen müssen, unsere Energie in gemeinsame Ziele investieren sollten, damit Opfikon das wird, was wir uns alle wünschen: Ein Ort, an dem sich Menschen wohl fühlen.

Richard Muffler (SVP) bedankt sich bei den PUK-Kollegen, die aufgrund des Ausstands-Begehrens zu Beginn vorsichtiger bei seinen Anträgen waren. Sie haben aber schnell gemerkt, dass diese nicht so dumm sind. Der Poledna-Bericht ist eine Ohrfeige für die PUK-Kollegen, die sich beim Verfassen viel Mühe gegeben haben und die Unterlagen mehrfach kontrolliert haben. Viele extreme Ausdrücke sind zudem aus Anträgen des Stadtrats zitiert und nicht von der PUK. Er bedankt sich bei den PUK-Kollegen für die Arbeit.

Der Ratspräsident lässt darüber abstimmen, ob die 3 Anträge der PUK gemeinsam behandelt werden können.

Der Rat stimmt einer gemeinsamen Abstimmung zu allen 3 Anträgen einstimmig zu.

Der Ratspräsident schreitet zur Abstimmung über den Antrag der PUK:

Den Anträgen der PUK Sozialbehörde wird einstimmig zugestimmt.



3. Beschluss über den Abschluss der Untersuchung
der PUK Sozialbehörde

0.5.2.4.0

Gestützt auf den Antrag der parlamentarischen Untersuchungskommission Sozialbehörde vom 14. Februar 2018, Art. 31 der Gemeindeordnung und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT:

1. Der Schlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission Sozialbehörde der Stadt Opfikon vom 14. Februar 2018 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Untersuchung der Amtsführung von Stadträtin Beatrix Jud Wenger vor dem Hintergrund deren gesundheitlichen Einschränkungen wird abgeschlossen.
3. Die parlamentarische Untersuchungskommission Sozialbehörde der Stadt Opfikon wird per Abschluss der hängigen Rechtsmittelverfahren aufgelöst.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Parlamentarische Untersuchungskommission Sozialbehörde der Stadt Opfikon
 - Stadtrat
 - Sozialbehörde
 - Bezirksrat (Beilage Schlussbericht)

PUK Sozialbehörde: Ermächtigung PUK zum Rekurs

zurückgezogen



4. Interpellation Björn Blaser (FDP) und Mitunterzeichnende, "Interkommunale Anstalt ARA Kloten-Opfikon (AKO)" - Beantwortung 6.1.5.1

Der Ratspräsident erteilt dem Finanzvorstand Valentin Perego das Wort.

Stadtrat Valentin Perego erklärt, dass er als 2. Vizepräsident Stellung nimmt. Die Antworten, die sie sicher gelesen haben, sollten erschöpfend und erhellend sein. Falls nachträglich eine Diskussion stattfindet, gibt Valentin Perego im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Antrag Auskunft. Bruno Maurer kann Auskunft geben, falls direkt der Verwaltungsrat der IKA AKO angesprochen ist. Die Trennung der Kompetenzen ist zu berücksichtigen. Opfikon ist nur einer von drei Partnern, wovon zwei Kommunen sind. Der Stadtrat ist also Partei, das Parlament nicht.

Björn Blaser (FDP) bedankt sich für die fristgerechte Beantwortung. Er stellt Antrag auf Diskussion im Rat.

Der Ratspräsident Ueli Weidmann lässt über den Diskussionsantrag abstimmen.

Grossmehrheitlich wird der Diskussion der Interpellation zugestimmt.

Björn Blaser (FDP) stellt als Ergänzung zu Antwort 1 folgende Zusatzfrage: Was unternimmt der Stadtrat mit den Informationen. Wurden diese der RPK und GPK übergeben?

Stadtrat Valentin Perego betont nochmals, dass der Gemeinderat nicht als Organ der IKA funktionieren kann. Alle Unterlagen inklusive nachfolgende Beschlüsse wurden der RPK, GPK zur Verfügung gestellt. Der Finanzvorstand hat die Situation an Sitzungen erläutert. Er ist der Meinung, dass genügend informiert worden ist.

Richard Muffler (SVP) bedankt sich für die umfassenden Unterlagen. Störend sind die falschen Zahlen in den Pressemitteilungen: Die Provision ist aufgeteilt. Es sind nicht CHF 900'000, sondern über CHF 1 Mio. Allerdings hat Valentin Perego einen Rechnungsfehler von CHF 210'000 entdeckt, so dass es nun doch unter CHF 1 Mo. sind. Störend ist auch der Auftrag zur Verwaltung der Festhypothek von mehreren zehntausend Franken. Es ist das unsauberste, dass er je gesehen hat. In der Privatwirtschaft hätte dies Folgen gehabt. Leider ist dies nicht das erste Mal. In der Fraktion wird viel Zeit investiert, um Geld einzusparen, auf der anderen Seite wird das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Das Hypothekengeschäft wurde viel zu früh abgeschlossen.

Björn Blaser (FDP) stellt zu Antwort 2 eine Ergänzungsfrage: Warum wurde nicht die Finanzabteilung involviert?



SITZUNG VOM

5. März 2018

Bruno Maurer (Verwaltungsrat) erläutert, dass das Bauprojekt mit CHF 98 Mio. relativ gross ist und die IKA eine eigene Körperschaft bildet. Diese nimmt nicht wie eine Gemeinde regelmässig Geld auf, sondern selten für Bauprojekte. Für die bestmögliche Finanzierung wurde eine bekannte Firma mit Empfehlungen anderer Körperschaften gesucht.

Björn Blaser (FDP) stellt fest, dass der Bauvorstand Erfahrung mit Projekten und deren Finanzierung hat.

Bruno Maurer erläutert, dass die Finanzierung in der Stadt Opfikon immer über die Finanzabteilung läuft. Bei der IKA liegt Bau und Finanzierung beim Verwaltungsrat.

Björn Blaser (FDP) stellt fest, dass die Finanzabteilung bisher immer gut beraten hat.

Bruno Maurer bestätigt, dass die Finanzabteilung ein Mandat für die Rechnungsführung hat. Sie hat auch entsprechende Voten abgegeben. Der Verwaltungsrat hat eine andere Einschätzung z.B. vom Flughafen Zürich erhalten.

Björn Blaser (FDP) fragt nach, ob noch eine Zusammenarbeit oder ein Vertragsverhältnis besteht.

Bruno Maurer betont, dass das Vertragsverhältnis aufgekündigt ist und keine Zusammenarbeit mehr stattfindet.

Björn Blaser (FDP) fragt nach gegenseitiger Information der Partner der IKA.

Stadtrat Valentin Perego bestätigt, dass IKAs an denen Opfikon beteiligt ist, informiert sind. Die KZU hatte bereits eine Zusammenarbeit, aber mit Deckelung des Aufwands, wobei auch dieser unanständig hoch war. Das Spital Bülach wurde ebenfalls angegangen, ist aber nicht darauf eingetreten.

Björn Blaser (FDP) fragt nach Kontrollmassnahmen, um dies künftig zu verhindern.

Stadtrat Valentin Perego betont, dass die Entscheidenden die richtigen Abklärungen machen müssen. Fehler können passieren. Massnahmen dagegen sind zu entwickeln. Im Gespräch mit Kloten soll die Aufsicht verbessert werden, was aber institutionell nicht ganz einfach ist.

Stadtrat Jörg Mäder sagt, dass er in beiden Verwaltungsräten vertreten ist. Er wird das Wissen eintragen.

Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass die Kosten zu ca. 38% von den Opfiker Abwassergebühren getragen werden. Er erklärt, dass Richard Muffler die Zahlen etwas durcheinander gebracht hat. Die CHF 210'000 waren kein Rechnungsfehler, sondern wurden im Rahmen von Verhandlungen durch die IKA herausgeholt.

Bruno Maurer bestätigt, dass Fehler gemacht worden sind. Diese wurden wegen Verletzung der Submissionsverordnung bereits vom Bezirksrat gerügt. Es wurde allerdings immer in guter Absicht gehandelt. Massnahmen sind eingeleitet. Risikoprüfungen sind eingeführt. Es ist beschlossen, bei Neuwahlen den Verwaltungsrat um 2 Personen mit Finanz- und Verwaltungswissen von 3 auf 5 Personen zu erhöhen. Die Finanzierung wurde nun mit der ZKB mit guten Kreditbedingungen und einem variablen Kredit geregelt.

Alex Rüegg (RPK) betont, dass sich die RPK sehr ausführlich mit der IKA AKO befasst und viele Unterlagen erhalten hat, sowie eine Aussprache mit Bruno Maurer führen konnte. Frage 5 besagt implizit, dass inskünftig Kompetenz von Kollegen in Anspruch genommen werden sollen. Es wird dem Wunsch Ausdruck verliehen, dass die örtlichen Finanzabteilungen mit gescheiterten Leuten bei Kreditabklärungen miteinbezogen werden sollen. Die Massnahme mit zusätzlichen Mitgliedern des Verwaltungsrats wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Peter Bühler (RPK) bedankt sich bei Valentin Perego für das gute Gespräch zur frustrierenden Sache. Im Gespräch mit Bruno Maurer wurden einige verbesserungswürdige Sachen erkannt.

Richard Muffler (SVP) betont, dass bei Kreditaufnahmen keine Berater notwendig sind, sondern Gespräche mit verschiedenen Banken und Offertvergleiche genügen. Es hat ein Gutachten vorgelegen, das von der Vertragsunterzeichnung abriet.

Der Ratspräsident beschliesst ohne weitere Wortmeldung die Diskussion zur Interpellation von Björn Blaser.

Fraktionserklärung der SP, CVP und SVP

Alex Rüegg (CVP) verliest als Sprecher die Fraktionserklärung.

Die SP, CVP und SVP sind übereinstimmend und dezidiert der Meinung, dass der zukünftige Ratssekretär oder die Ratssekretärin vom Büro des Gemeinderates angestellt bzw. diesem alleine unterstellt und vom Gemeinderat gewählt werden soll. Eine weitere Tätigkeit für die Stadtverwaltung soll wegen der Gewaltentrennung ausgeschlossen sein. Die Mitglieder der SP, CVP und SVP erwarten eine öffentliche Ausschreibung von diesem Arbeitsverhältnis und mindestens eine Auswahl von drei Kandidatinnen oder Kandidaten.

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Der Ratspräsident macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 13. März 2018

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



Willi Bleiker



SITZUNG VOM

Protokoll geprüft:

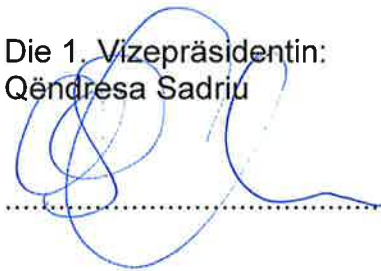
Datum:

Der Präsident:
Ulrich Weidmann


.....


.....

Die 1. Vizepräsidentin:
Qëndresa Sadriu


.....


.....

Der 2. Vizepräsident:
Cirillo Pante


.....


.....

